

„Entwertung der Arbeit hat Krise begünstigt“

KKV rechnet nicht mit rascher Besserung

Cloppenburg (ah) – Eine Rückkehr zur Sozialverpflichtung des Eigentums hat der Frankfurter Diplom-Theologe und Betriebswirt Markus Demele angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gefordert. Auf der KKV-Kundgebung in Bethen meinte der Experte gestern, die Abwertung der menschlichen Erwerbsarbeit sowie der Familien- und Beziehungsarbeit habe maßgeblich dazu beigetragen, dass es zu der weltweiten Krise überhaupt kommen konnte.



Keine rasche Hilfe für Arbeitnehmer erwartet Markus Demele.

Mit einer raschen Besserung der Lage für die Arbeitnehmer rechnet Demele nicht – im Gegenteil. „Die soziale Stabilität ist gefährdet“, sagte er. Denn nach einer Studie sei mit dem Verlust von zusätzlich 38 Millionen Arbeitsplätzen weltweit bis Ende dieses Jahres zu rechnen. Davon betroffen sind überwiegend Jobs auf Niedriglohnniveau, die in den

Entwicklungsländern größtenteils in der nicht staatlich erfassten Wirtschaft verschwinden.

Auch die Situation in Deutschland hält der Betriebswirt für brisant. Die Krisen der Vergangenheit hätten gezeigt, dass erst drei bis fünf Jahre nach Erholung der Wirtschaft die Arbeitsplätze nachkommen und wieder auf das alte Niveau steigen. Selbst wenn es gelänge, die Zahl der 7,5 Millionen Menschen, die in Deutschland in Armut leben, zu halbieren, wäre dies noch zu viel. Offen sei, so Demele, wie lange sich die Betroffenen dies noch gefallen lassen werden.

Dabei werde auch die Frage der Gerechtigkeit in kirchlichen Kreisen „heiß diskutiert“, sagte er. Ein Streitpunkt ist die Senkung der Einkommensteuer. Geplant ist in diesem Jahr eine Entlastung von 2,9 Milliarden Euro, bis Ende 2010 um weiteren 6,05 Milliarden.

In seinem Vortrag vor rund 100 Mitgliedern der KKV-Bezirksgemeinschaft Oldenburg kam der Frankfurter eher unaufgeregt zu einem radikalen Schluss. Die spannende Frage, wie eine christlich orientierte Wirtschaft aussehen kann, beantwortet Demele mit der schon 1967 veröffentlichte Enzyklika *Progressio Populorum* von Papst Paul VI. In ihr schreibt der Pontifex unter anderem von den Gütern der Erde, die den Armen auch zuteil werden sollen. Weiter heißt es, „dass das Privateigentum für niemanden ein unbedingtes und unumschränktes Recht sei“ und: „Das Gemeinwohl verlangt deshalb manchmal eine Enteignung von Grundbesitz“. So radikal kann Kirche sein.